

VOLKS BLATT | **SPLITTER**

Scharon setzt Gaza-Abzug durch

JERUSALEM – Der israelische Ministerpräsident Ariel Scharon hat den Gaza-Abzug gegen alle Widerstände durchgesetzt. Am Mittwoch lichtete sich der Protestzug der Siedler und das Parlament lehnte eine Verschiebung des Rückzugs ab. Eine Mehrheit von 69 der 120 Abgeordneten im israelischen Parlament stimmte am Mittwoch gegen eine Verschiebung des Abzugs, der am 17. August beginnen soll. 41 Parlamentarier waren für den Aufschub. Damit hat Scharon die letzte Hürde in der parlamentarischen Auseinandersetzung um den Rückzug genommen. (sda)

Todesopfer der Anschläge stammen aus elf Nationen

LONDON – Knapp zwei Wochen nach den Anschlägen in London hat Scotland Yard am Mittwoch die Nationalitäten der 52 Opfer bekannt gegeben. Die vier mutmasslichen Selbstmordattentäter rissen demnach Menschen aus mindestens elf Nationen mit sich in den Tod. Die Opfer seien neben britischer Herkunft italienischer, polnischer, israelischer, afghanischer und französischer sowie australischer, neuseeländischer, türkischer, amerikanisch-vietnamesischer und mauritischer Abstammung. (sda)



Cameron Diaz' Unterschrift wohl gefälscht

LOS ANGELES – Im Rechtsstreit um Oben-Ohne-Fotos von Hollywood-Schauspielerin Cameron Diaz (Bild) haben Experten bestätigt, dass Diaz' Unterschrift auf der Veröffentlichungserlaubnis vermutlich gefälscht ist. Der Anwalt des angeklagten Fotografen John Rutter bekräftigte vor Gericht indes, sein Mandant habe Models bei Foto-Shootings immer eine Erlaubniserklärung unterschreiben lassen. Rutter ist angeklagt auf versuchten Diebstahl, Fälschung und Meisoid, eine Anklage wegen Erpressung wurde fallen gelassen. (AP)

Opposition ausgebootet

Berlusconi gewinnt Vertrauensabstimmung – Justizreform durchgeboxt

ROM – Der italienische Premier Silvio Berlusconi hat mittels Vertrauensabstimmung seine umstrittene Justizreform durchgebracht. 312 Parlamentarier stimmten für die Reform, 224 dagegen, berichtete die italienische Nachrichtenagentur Ansa.

Ein Abgeordneter enthielt sich am Mittwoch der Stimme. Der Regierungschef hatte die Vertrauensfrage gestellt, um die Flut von Abänderungsanträgen zu umschiffen, die die Opposition eingereicht hatte.

Die Opposition warf der Regierungskoalition vor, damit jegliche demokratische Debatte über das Justizpaket auszuschalten. Regierungen in Rom verbinden häufig Abstimmungen über wichtige Themen mit der Vertrauensfrage. Der Senat, die zweite Kammer des Parlaments, hatte der Reform bereits Ende Juni zugestimmt.

Trennung der Karrieren

Kernpunkt von Berlusconis Justizreform ist die strikte Trennung der Berufskarrieren von Staatsanwälten und Untersuchungsrichtern auf der einen Seite und Richtern auf der anderen. Damit können Staatsanwälte und Richter nicht mehr wie bisher zwischen den Funktionen wechseln.

Zudem sieht die Reform einen «strategischen» Umbau des Justiz-



Der italienische Premier Silvio Berlusconi umringt von Abgeordneten.

systems vor. So sollen im Selbstverwaltungsorgan der Richter und Staatsanwälte (CSM) neue Wahlverfahren gelten. Die Regierung will dadurch den Einfluss politischer Gruppen im CSM einschränken.

Gewerkschaften ausschalten

Verboten wird Richtern nicht nur jegliche Mitgliedschaft in einer po-

litischen Partei – was bereits von der Verfassung untersagt wird –, sondern auch in einer Gewerkschaft.

Verboten wird zudem die Mitgliedschaft in «Bewegungen, Vereinen und Verbänden, die politische Ziele oder Aktivitäten dieser Natur» verfolgen. Nicht mehr erlaubt sind damit etwa die Teilnahme an Friedensmärschen, «Runden Ti-

schen» oder der Beitritt zu Umweltorganisationen.

Maulkorb für Richter

Damit werde für Richter de facto die freie Meinungsäußerung aufgehoben – ein fundamentales Recht aller Bürger, betonten Oppositionsvertreter. Sie hatten versucht, die Verabschiedung der Reform im Senat zu boykottieren. (sda)

Zerstörerische Naturgewalten

Wirbelstürme: Taifun «Haitang» tötet 15 Menschen – «Emily» geht Puste aus

SCHANGHAI/MEXIKO-STADT – Dem Wirbelsturm «Emily» ist in Nordmexiko die Puste ausgegangen. Dagegen hat der Taifun «Haitang» seine Zerstörungskraft erneut demonstriert. In Taiwan und China fielen dem Taifun bislang 15 Menschen zum Opfer.

In Taiwan starben beim Durchzug des in diesem Jahr bisher schlimmsten Sturms zwölf Menschen, wie die Feuerwehr am Mittwoch mitteilte. 32 weitere seien verletzt worden. In der chinesischen Küstenprovinz Zhejiang seien drei Menschen gestorben, berichtete das staatliche Radio. Insgesamt werden in beiden Ländern noch fünf Men-



Bedrohlich dunkle Wolken über Hangzhou, Hauptstadt der östlichen Provinz Zhejiang in China.

schen vermisst. «Haitang» war mit peitschendem Wind und heftigen Niederschlägen am Montag und Dienstag über Taiwan und China hinweggezogen.

Acht Millionen Menschen betroffen

In den südostchinesischen Provinzen Zhejiang und Fujian sahen sich insgesamt rund acht Millionen Einwohner mit den Folgen des Sturms konfrontiert: Häuser stürzten in sich zusammen, Bäume wurden umgerissen und Strassen unter Schlammlawinen begraben. Nach Angaben der örtlichen Behörden kam es zu Stromausfällen und Unterbrechungen der Wasserversorgung. (sda)

ANZEIGE

GÜNSTIGER GEHT'S NICHT

Erwachsene 10.– statt 13.– Franken
Kinder 4.50 statt 6.– Franken

Grösste Hobby-Eisenbahn SPUR Europas

Öffnungszeiten: Mittwoch, Samstag und Sonntag
Vorführzeiten: 11⁰⁰, 12⁰⁰, 14⁰⁰ und 15⁰⁰ Uhr

Preise gültig im Juli und August
Erlebnisswelt Toggenburg in 9820 Lichtensteig

Profitieren Sie als
-Abonnent
von Vorzugspreisen

UNO-Reform

USA plädieren erneut für Vertagung

NEW YORK – In der Diskussion um eine Reform des UNO-Sicherheitsrats haben die USA erneut dafür plädiert, die Entscheidung zu vertagen.

Der Staatssekretär im Aussenministerium, Nicholas Burns, sagte am Mittwoch bei einem Besuch des UN-Hauptquartiers in New York, zunächst müssten die Reformen des Managements und der Verwaltung der Weltorganisation auf den Weg gebracht werden. Dies solle rechtzeitig zum Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Welt Mitte September in New York geschehen. Für eine Entscheidung über den Sicherheitsrat sei es hingegen noch «zu früh», betonte Burns. Die «sehr komplexe» Debatte darüber führe derzeit nur zu Spaltungen. Über die Neuordnung des höchsten UNO-Gremiums werde bereits seit zehn Jahren debattiert. Deswegen könne jetzt auch noch «ein paar Monate» gewartet werden. Die Argumente des US-Staatssekretärs richteten sich direkt gegen die Bestrebungen der vier Länder Deutschland, Brasilien, Indien und Japan, die einen Beschluss der UN-Vollversammlung über die Erweiterung des Sicherheitsrats noch vor dem Septembertreffen anstrebt. Burns betonte, dass die USA für eine Erweiterung des Sicherheitsrats seien. Allerdings müsse diese einen «bescheidenen» Umfang haben, damit die Effektivität des Gremiums nicht unterminiert werde. (sda)

+++ Zu guter Letzt... +++

Pilger-Boom in Italien

ROM – In diesem Sommer boomt in Italien der «Religions-Tourismus». Laut dem katholischen Reiseführer Itinerari bieten Klöster und andere religiöse Institutionen 3300 Übernachtungsmöglichkeiten mit 200 000 Plätzen an. 55 Millionen Übernachtungen wurden im vergangenen Jahr gemeldet. In Italien besuchen 30 Millionen Pilger Kirchen oder Wallfahrtsorte; weltweit unternehmen jährlich 260 Millionen Gläubige eine Pilgerreise. Mehrere tausend Kilometer Pilgerwege durchkreuzen die süditalienische Kleinstadt San Giovanni Rotondo, Heimatort des Heiligen Padre Pio, zu den beliebtesten Wallfahrtsorten. Auch Assisi sowie Rom erleben einen Andrang. «Der Tod von Johannes Paul II. und der Amtsantritt von Benedikt XVI. haben einen Pilgeransturm ausgelöst, der kein Ende nimmt», berichtet ein Redaktor von Itinerari. Die Lombardei, Kampanien und die Emilia Romagna zählen ebenfalls zu den Zielen der Pilger. Von den 1765 Wallfahrtsorten im Land sind 1539 der Jungfrau Maria gewidmet. Ausser dem Vatikan findet das Grab des Heiligen Antonius in Padua am meisten Interesse: Vier Millionen Gläubige besuchen jedes Jahr die Grabstätte. (sda)